

Protokoll

34. Sitzung vom 17. Juni 2013
Seite 798

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 17. Juni 2013, 19.00 Uhr – 21.00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	29 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Heinz Kundert, Stadtschreiber, Melanie Imfeld, Ratssekretärin (Protokoll), Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv. (Protokoll) und Paul Bossert, Ratsweibel
Entschuldigte	Charlotte Baer (Ferien), Monika Greter (Ferien), Andreas Gut (Beruf), Marc Lütolf (krank), Christine Merseburger (Private Verpflichtung), Albert A. Stahel (Beruf)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 8. April 2013
3. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde für das Jahr 2012
4. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2012
5. Postulat der CVP-Fraktion, vom 22. April 2013, betreffend Definierung von Rahmenbedingungen für einen Mindestanteil günstigen Wohnraums in Gestaltungsplänen; Begründung
6. Postulat der SVP-Fraktion, vom 4. Juni 2012, überwiesen am 18. Juni 2012, betreffend Geschwindigkeitsreduktion auf der unteren Bergstrasse; Beantwortung
7. Postulat der SP-Fraktion, der GP-Fraktion, Sandy Bossert, SVP und Berti Stocker, EDU, vom 30. Mai 2013, betreffend Obere Bergstrasse: Schutz für Fussgänger und Velofahrer; Begründung
8. Postulat von Jonas Erni, SP, Albert A. Stahel, GLP, Kuno Spirig, BDP, Heinz Wiher, GP und Christine Merseburger, EVP, vom 27. Mai 2013, betreffend Lärmsanierung an der Quelle; Begründung

Die Traktandenlisten wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

Aufgrund der Abwesenheit der Stimmzählerin Christine Merseburger muss ein Tagesstimmzähler gewählt werden. Das Büro schlägt Hanspeter Andreoli vor. Auf Anfrage wird der Vorschlag nicht erweitert.

Die Präsidentin der GRPK bittet die Mitglieder der Kommission, sich nach der Sitzung kurz zusammenzufinden.

1. Mitteilungen

--

1.1 Eingänge

- Schriftliche Anfrage der CVP-Fraktion, vom 10. Juni 2013, betreffend Kinderrechte
- Bericht zum Postulat der SVP/BFPW-Fraktion, vom 10. Mai 2012, überwiesen am 4. Juni 2012, betreffend Prüfung der Einführung eines Projekts "wädi wischt"
- Interpellation der SVP-Fraktion, vom 7. Juni 2013, betreffend Überprüfung der sozialen Organisationen Skos und SNH
- Schriftliche Anfrage von Albert A. Stahel, GLP, vom 7. Juni 2013, betreffend Landkauf Rütihof
- Schriftliche Anfrage von Albert A. Stahel, GLP, vom 7. Juni 2013, betreffend Seeweg
- GR-Protokoll der Sitzung vom 8. April 2013
- Einladung zur GR-Sitzung vom 17. Juni 2013
- Einladung zum Behördenanlass in der Beichlen vom 21. September 2013
- Postulat von Jonas Erni, SP, Albert A. Stahel, GLP, Kuno Spirig, BDP, Heinz Wiher, GP und Christine Merseburger, EVP, vom 27. Mai 2013, betreffend Lärmsanierung an der Quelle
- Ausschreibung zur Testphase des Apps „bilden und forschen Wädenswil
- Postulat der SP-Fraktion, der GP-Fraktion, Sandy Bossert, SVP, und Berti Stocker, EDU, vom 30. Mai 2013, betreffend Obere Bergstrasse: Schutz für Fussgänger und Velofahrer
- Postulat der SVP-Fraktion, vom 3. Juni 2013, betreffend Überprüfung der Besoldungsstruktur für die Stadtpolizei Wädenswil
- Schriftliche Anfrage von Albert A. Stahel, GLP, vom 31. Mai 2013, betreffend Fahrplanwechsel
- Bericht und Antrag zur Rechnung 2012 und zum Geschäftsbericht 2012 der Politischen Gemeinde Wädenswil
- Bericht zum Postulat der SVP-Fraktion, vom 4. Juni 2012, überwiesen am 18. Juni 2012, betreffend Geschwindigkeitsreduktion auf der unteren Bergstrasse
- Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 28. Mai 2013, betreffend Zerstörung und Sicherheit

1.2 Überweisungen

Keine

2. Protokollabnahme

Das Protokoll der Sitzung vom 8. April 2013 wird genehmigt.

10.06

3. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde für das Jahr 2012

Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement Gemeinderat entfällt die Eintretensdebatte.

Detailberatung:

Präsidentin der GRPK Christina Zurfluh Fraefel, führt aus, dass verschiedene europäische Länder immer noch mehr oder weniger erfolgreich durch die Krise schlittern und versuchen würden mehr oder weniger gute Miene zum bösen Spiel zu machen. In den Medien würde regelmässig über Missstände, Unregelmässigkeiten und Unzulänglichkeiten in diesen Ländern berichtet, welche durch die Regierungschefs ebenso regelmässig beschwichtigt würden. Man habe manchmal den Eindruck, die Bürger würden dort gar nicht ernst genommen. Nicht umsonst höre man plötzlich vom „Wut-Bürger“.

Auch in Wädenswil seien im vergangenen Jahr einige unerfreuliche Vorkommnisse passiert, welche unter anderem auch an der Nachbesprechung mit einem Vertreter der externen Revision Thema gewesen seien: Einerseits die Zins-Swap Geschäfte, Verzögerungen bei der Frohmatt, unkorrekte Buchungen von Staatsbeiträgen, falsch verbuchte Gebühren, fehlendes Inventar, Kostensteigerungen in den Abteilungen Schule und Soziales und schlussendlich noch das BVK-Debakel.

Als GRPK seien sie mit einer grossen Bandbreite konfrontiert gewesen und es sei ihre Aufgabe, genau hinzuschauen und zu hinterfragen. Das Hinterfragen von Althergebrachtem, Bestehendem oder Geplantem würde natürlich nicht immer auf Gegenliebe stossen, denn wer verlasse schon gerne seine Strukturen. Auch wenn sie in der Vergangenheit nicht immer und überall ganz ernst genommen worden seien, blieben sie dran. Denn auf die Stadt käme weiterhin ein „Mehr“ zu.

Nebst dem „Mehr“ von Investitionen, welche zwangsläufig auf einen zukäme, brauche es damit verbunden ein „Mehr“ an Kosten- und Budgetdisziplin, ein „Mehr“ an Offenheit und allenfalls Veränderung, aber auch ein „Mehr“ für das Gewerbe und den damit verbundenen Arbeitsplätzen sowie ein „Mehr“ für die Steuerzahler. Denn im vergangenen Jahr sei der private Konsum ein wichtiger Faktor dafür gewesen, dass die Wirtschaft mit einem leichten Wachstum habe abschliessen können.

Im 2012 seien einige Inputs aufgenommen, erste Schritte eingeleitet, Ideen umgesetzt oder auch Pflöcke eingeschlagen worden. Auch wenn man mit knapp CHF 5 Mio. Defizit auf das 2012 zurückschauen müsse, bestehe kein Grund zur Panik.

Zu danken dafür sei allen verantwortlichen Personen, welche zu diesem Ergebnis beigetragen hätten, dem Stadtrat Paul Rota, dem neuen Leiter Finanzen, Ralph Ruoss und allen Abteilungsleitern, die für die Einhaltung der Budgets verantwortlich gewesen seien, dem Steuersekretär, und allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Und nicht zu vergessen auch ein Dank an die pflichtbewussten Steuerzahler.

Vom 6. - 10. Mai 2013 habe die GRPK die Besuchswoche und somit in den verschiedenen Verwaltungsabteilungen die finanzpolitische Prüfung durchgeführt. An dieser Stelle gehe ein Dankeschön an alle involvierten Personen.

Das Gemeindeamt Zürich habe die finanztechnische Prüfung der Rechnung 2012 vorgenommen und empfehle mit Schreiben vom 4. April 2013 diese zu genehmigen.

Im Bericht und Antrag unter Punkt 5.2 habe die GRPK auf folgende Punkte hingewiesen:

1. Termin oder eine sogenannte Roadmap zur „Nach-NPM-Ära“
2. Überprüfung der NPM Indikatoren für das Budget 2014
3. Nächstes GRPK Update Wädenswiler Immobilien Bewirtschaftung (WIB)
4. Abteilungsübergreifendes Controlling

Sie würden es begrüßen, wenn diese Punkte nun baldmöglichst angegangen würden.

Im Namen aller GRPK-Mitglieder beantrage sie, die Rechnung 2012 und auch die NPM-Berichte abzunehmen. Zustimmung zur Annahme dürfe sie auch im Namen der SVP-Fraktion bekanntgeben.

Sie empfehle im Namen aller Mitglieder der GRPK auch die Abnahme des den Geschäftsberichts.

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, findet, dass es der Schweiz im Vergleich mit dem Ausland gut gehe. Eigentlich hätte man mit dem Erreichten zufrieden sein sollen, könnte man jedenfalls meinen. Aber wäre man zufrieden, wenn man in seiner Betriebskasse ein Millionen-Loch verursacht hätte?

Zwar habe die Rechnung 2012 anstelle eines Aufwandüberschusses von minus CHF 5.6 Mio. nur mit minus CHF 4.8 Mio., also um CHF 0.7 Mio. besser als budgetiert geschlossen. Auch seien wie so oft, die Steuererträge einer der Hauptgründe für das bessere Abschneiden: Denn alleine bei den Steuern hätten um fast CHF 4.8 Mio. höhere Einnahmen verbucht werden können.

Ein ausgeglichenes Resultat – eine schwarze Zahl – hätte in letzter Minute die BVK-Rückstellungen von CHF 4.8 Mio. verhindert. Der ebenfalls im Voranschlag 2012 unvorhersehbare Millionenregen aus der Stiftung Spital Zimmerberg, habe ertragsseitig zwar einen Buchgewinn von CHF 4.2 Mio. verursacht, sei aber durch die ausserordentlichen Abschreibungen von ebenfalls CHF 4.2 Mio. gleich wieder neutralisiert worden.

Er möchte den Stadtrat für den nächsten Voranschlag 2014 an sein primäres Ziel erinnern: Haushaltgleichgewicht, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Konstanz. Die Rechnung sollte ausgeglichen und nicht im Minus schliessen, wie man es in der Vergangenheit mit einigen Wenn und Aber akzeptiert haben. Wenn das Unternehmen nicht auf Kurs sei, gebe es verschiedene Korrekturmöglichkeiten und Fragestellungen: Notwendig? Dringlich? Zweckmässig? Wirtschaftlich? Konstant? Und Konstanz würde er mit dem Steuerfuss in Verbindung bringen, damit dieser nicht zum Spielball der Ereignisse werde.

Die geschlossene SVP-Fraktion stimme der Rechnung 2012 ohne Euphorie zu und empfehle die Rechnung und der Geschäftsbericht zur Abnahme. Beim Geschäftsbericht können sie wiederum ein Lob aussprechen: Ein attraktiv gestalteter Umschlag mit einem zeitgemäßem Foto und wertvollem Inhalt in guter Übersicht, sehr geeignet als Nachschlagewerk.

Stadtrat Finanzen, Paul Rota, bedankt sich bei der GRPK und der Präsidentin Christina Zurfluh für die wiederum seriöse, konstruktive und speditive Abwicklung und Abnahme der Rechnung sowie für den ausführlichen Bericht. Er könne sich nur wiederholen – die Arbeit die hinter diesen Dokumenten stecke und geleistet werde, könne nicht genug erwähnt und verdankt werden. Ein grosses Dankeschön im Namen aller Steuerzahler sei an dieser Stelle angebracht. Dank auch an alle Mitglieder der GRPK für die einvernehmlichen Prüfung und die Gespräche während der Besuche der verschiedenen Abteilungen, und nicht zu Letzt auch ein Dank an diejenigen Mitarbeitenden der Verwaltung, welche viel Arbeit in eine solche Rechnung stecken, dass diese schlussendlich aufs Tapet gebracht werden könne.

Der Stadtrat würde alle Voten und Bemerkungen, besonders die kritischen, in die Budgetierung 2014 miteinfließen lassen, welcher in der Verwaltung jetzt bereits begonnen.

Es sei ja allgemein schwierig, sich mitten im Jahresablauf, bei kurz bevorstehendem Budgetprozess 2014, in die Rechnung 2012 einzudenken. Doch es sei vor allem Geschichtsschreibung und solle eine Auswertung für die Zukunft in gewissen ganz konkreten finanziellen Entwicklungen sein.

Er möchte sich nur Allgemein halten, Zahlen hätte man zur Genüge gehört und auch studieren können. Die Rechnung sei wiederum positiver ausgefallen als geplant gewesen. Die Entwicklung des Aufwands und der Erträge seien aber, mit all den unbekanntenen Faktoren besonders zum Zeitpunkt der Budgetierung, schwer in den Griff zu kriegen. Man sollte aber grundsätzlich froh sein, besser abgeschnitten zu haben, als budgetiert. Wo würde man auch stehen, wenn man regelmässig schlechter abgeschnitten hätte in den letzten 20 Jahren?

Die Rechnung müsse genauestens geprüft werden, ob einerseits die Zahlen korrekt und andererseits nicht wesentliche Fehler in den Aussagen vorahnden seien. Besonders Fehlentwicklungen müssten erkannt werden. Soweit er dies beurteilen könne, sei alles im Wesentlichen mit der vorliegenden Rechnung in Ordnung, auch wenn nicht bei allen mit grosser Freude, wie er festgestellt habe.

Man mache sich in diesem Zusammenhang bereits Gedanken über die Budgetierung des nächsten Jahres, was eine logische Konsequenz sei, denn mit dem Budget könne man gewisse Bereiche steuern. In der Zukunft läge aber auch viel spekulativer Spielraum, wo man sich politisch austoben könne, besonders im Hinblick auf die nächsten Wahlen.

In der Verwaltung würde im nächsten Monat der Budgetprozess beginnen. Die Vorgaben seien klar, der Abschluss 2012 und das erste Halbjahr 2013 sollte den Richtungsverlauf zeigen. Ob es wieder so viele Ausnahmeerscheinungen in diesem Jahr wie im letzten geben werde auf Ertrags- und Aufwandseite, würde man erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres wissen. Und trotzdem müsste man bis im Herbst so gut und so seriös wie möglich die Ein-

schätzungen auf Verwaltungsebene fürs 2014 machen. Er sei schon jetzt gespannt auf diese Diskussionen, mit der GRPK und dann im Dezember im Ratssaal.

Was aber schon jetzt festgestellt werden könne: die Aufwandseite werde nicht stagnieren. Die Ansprüche an die Gemeinschaft seien gross. Ein paar Stichworte: Energiestadt, Schul- und Forschungsstandort, Freizeit und Kultur, eine lebendige/gesunde Stadt ganz generell, für die Jugend und das Alter gleichermaßen mit all ihren aktiven Vereinen und Organisationen – all dies zusammen auf das Tapet zu bringen, sei ein grosser Aufwand. Von den geforderten Strategien von politischen Vorstössen gar nicht erst zu sprechen. Im Rat würde man grösstenteils entscheiden, ob was wie viel wert sei. Dabei werde auch der Steuerfuss eine nicht unwichtige Rolle beim Budget spielen.

In diesem Jahr werde besonders die neue Version des Finanz- und Entwicklungsplan (FEP) 2014-2018 gewisse Wahrheiten aufzeigen, welche sich nicht alle so wirklich bewusst seien. Es werde also im letzten Amtsjahr dieser Legislatur spannend bleiben, was die Finanzen und Ziele für die Zukunft beträfe.

Noch kurz ein paar Gedanken zu den Zahlen der Rechnung 2012:

Das Jahr sei nicht nur besser eingetroffen als budgetiert; Nein, wären die aufgebrummten Kosten für die BVK nicht und die ausserordentlichen Abschreibungen würden nicht gestrichen werden, wäre ein positives Resultat zu verzeichnen. Es tue aber sicher weniger weh, in einem guten Jahr Rückstellungen zur Entlastung der Folgejahre zu machen, ob diese dann auch wirklich benötigt werden, sei ja noch nicht sicher. Auf jeden Fall werden die CHF 5 Mio. für die BVK die folgenden Jahre ganz bestimmt entlasten.

Auch die nach wie vor hohen Investitionen hätten zu über 80% selber finanziert werden können, was in Zukunft etwas anders aussehen könnte.

Zu den Details der Zahlen würde man anhand der Beratung pro Abteilung nach Bedarf und Möglichkeiten durch den Stadtrat Stellung nehmen. Er habe im Grundsätzlichen nichts mehr hinzuzufügen, würde den Rat aber zum Schluss im Namen der Abteilung Finanzen und des gesamten Stadtrats bitten, nach der Beratung der Abteilungen der vorliegenden Rechnung zuzustimmen, inkl. der NPM Projekte.

Zur laufenden Rechnung der einzelnen Abteilungen und gleichzeitig die NPM - Rechnungen: (gelbe Ausgabe)

Präsidiales, S. 6 ff.

Mitglied der GRPK, Beatrice Gmür, bedankt sich zuerst bei der Abteilung Präsidiales. Sie hätten wieder viele Fragen gestellt und wie immer seien diese sehr ausführlich und fundiert beantwortet worden. Die Abteilung Präsidiales schliesse mit einem Nettoaufwand von CHF 4.5 Mio. und damit mit einer Budgetüberschreitung von CHF 0.5 Mio. 72% der Budgetüberschreitung sei – wie in allen anderen Abteilungen auch – auf das Konto BVK-Rückstellung zurückzuführen und daher bliebe gar nicht mehr so viel, was über dem Budget läge. Die meisten Dienststellen hätten ziemlich genau gemäss dem Budget gewirtschaftet.

Sie möchte dieses Jahr etwas genauer auf das Stadtmann- und Betreibungsamt eingehen. Im 2010 sei ein neuer Betreuungskreis einberufen worden, welcher Wädenswil, Schönenberg und Hütten zusammengeschlossen habe. Seit diesem Zeitpunkt seien die Betreibungsbegehren über 40% angestiegen, das Personal aber konnte nur schrittweise ergänzt werden, und sei auch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Die Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden sei gut und der Betreuungskreis funktionierte gut. Allerdings bliebe wegen der grossen Masse an Kunden nicht mehr so viel Zeit für den Einzelnen. Der Gebührenertrag sei im 2012 unter dem Budget, nicht weil es weniger Fälle gegeben hätte – im Gegenteil – aber der Forderungsbetrag im Gesamten sei tiefer gewesen. Der Betreuungskreis funktioniere so, dass die andern Gemeinden aus dem Kreis keinen Betrag an den Aufwand als Betreiber des Betreuungskreises zahlen. Der Stadt Wädenswil blieben aber die gesamten Einnahmen.

Der Posten Kultur weise eine Budgetüberschreitung aus. Es gehe vor allem um die CHF 90'000.-- welche man für die neue Weihnachtsbeleuchtung ausgegeben habe – diese sei nicht budgetiert gewesen. Ansonsten habe die Kulturkommission wieder Künstler mit Wohnsitz oder Atelier in Wädenswil unterstützt, und die Stadt habe auch zwei Werke von Wädenswiler Künstler angekauft, welche nun im Stadthaus hängen.

Die Bibliothek hätte sich sehr erfreulich entwickelt. Die Ausleihzahl habe sich um 25% gesteigert. Man habe es in der Zeitung lesen können, neu könne man auch E-Books ausleihen. Die Bibliothek sei also bei der Kundenorientierung an vorderster Front.

Finanzen, S. 16 ff.

Globalkredit Immobilien S. 76 - 78

Mitglied der GRPK, Walter Münch, möchte sich zuerst bei Paul Rota und seinem Team für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Ganz besonders auch bei Tatjana Horvath, Leiterin Immobilien und Ralph Ruoss, Leiter Finanzen und Controlling, für die kompetente Beantwortung der Fragen und Bereitstellung der gewünschten Unterlagen.

Bei der Abteilung Finanzen lag der Aufwand um CHF 4.8 Mio. über dem Budget. Dies vor allem wegen der Bildung von CHF 2.2 Mio. Rückstellungen für die BVK und der zusätzlichen Abschreibung von CHF 4.2 Mio. für die Neutralisierung des Buchgewinns aus der Umwandlung von bereits abgeschriebenen Investitionsbeiträgen in ein rückzahlbares Darlehen an die Stiftung Spital Zimmerberg. Diese Position sei mit einer Gegenbuchung auf der Ertragsseite neutralisiert worden. Im Mehraufwand seien auch noch Arbeitgeberbeiträge von CHF 0.2 Mio. an die Familienausgleichskasse enthalten, die nicht budgetiert worden seien.

Wegen den vereinbarten Zinsabsicherungsinstrumenten aus früheren Jahren könnte die Stadt Wädenswil weiterhin nicht vom tiefen Zinsniveau profitieren. So müsse die Stadt auch für die nächsten Jahre weiterhin überdurchschnittlich hohe Darlehenskosten zahlen. Die Kosten für die Zinsswaps würden die Rechnung 2012 mit ca. CHF 900'000.-- belasten. Die Zinsswaps hatten per Ende 2012 einen negativen Marktwert von CHF 7.9 Mio. Unverständlichlicherweise seien in der Zeit vom Januar bis April 2012 nochmals langfristige Darlehen im Umfang von CHF 30 Mio. aufgenommen worden, ohne dass diese an bestehende Zinss-

waps angebunden worden seien. Ein Darlehen im Umfang von CHF 5 Mio. konnte nach Gesprächen mit der betreffenden Bank in ein kurzfristiges 6-Monats-Libor Darlehen umgewandelt werden. Die Gespräche mit dem anderen Finanzinstitut seien noch im Gange.

Speziell erwähnen möchte er noch den sehr hohen Bestand an Flüssigen Mitteln von CHF 38.8 Mio. per Ende 2012. Er frage sich, was die Stadt mit CHF 38 Mio. in der Portokasse wolle?

Auf der Ertragsseite seien bei den Steuern aus dem laufenden Jahr rund CHF 1.5 Mio. mehr eingenommen worden als budgetiert. Die Steuererträge seien erfreulicherweise nur CHF 0.8 Mio. tiefer als im 2011. Auch bei den Steuern aus den Vorjahren seien CHF 0.6 Mio. mehr eingenommen worden als budgetiert. Die Erträge seien aber CHF 2.4 Mio. tiefer ausgefallen als im 2011. Dies wegen viel tieferer Erträge bei den Quellensteuern; im 2012 seien nur noch CHF 0.6 Mio. an Quellensteuern eingenommen worden. Und das bei einem Budget von CHF 1.7 Mio. Der Hauptgrund seien die überproportionalen Umbuchungen von nachträglich veranlagten Quellensteuerpflichtigen gewesen. Erfreulicherweise seien die Grundstückgewinnsteuern CHF 2.6 Mio. höher ausgefallen als budgetiert.

Und nun einige Bemerkungen zum Controlling:

Im 2012 hätte das neue Finanzteam mit grossem Einsatz angefangen, die vielen Altlasten aufzunehmen und aufzuarbeiten. Den Bestrebungen, die Abteilung Finanzen auf neue Beine zu stellen und einen fundierten Finanzplan für die kommenden Jahre zu erstellen, messe die GRPK grosse Bedeutung zu

Auch nehme die GRPK wohlwollend zur Kenntnis, dass nun endlich ernsthaft an der Einführung eines IKS gearbeitet werde. Sei es doch schon 10 Jahre her, als an einem denkwürdigen 27. Oktober im Jahre 2003 der Stadtrat beschlossen habe, ein internes Controlling aufzubauen. Der Beschluss sei aber nie umgesetzt worden und ein abteilungsübergreifendes IKS mit Prozessbeschrieben, dokumentierten Risikoanalysen und organisatorischen Kontrollmassnahmen nie eingeführt worden. Seit August 2003 seien auch keine systematischen Risikoanalysen dokumentiert.

Bei den Immobilien schliesse die Rechnung 2012 CHF 0.5 Mio. schlechter ab als budgetiert. Dies wegen tieferen Erträgen, BVK-Rückstellungen und einem Buchverlust von CHF 0.25 Mio. aus der Vergabe des Baurechts Waisenhausstrasse 14. Der Baurechtsvertrag wurde vor zwei Jahren abgeschlossen, und sei im Geschäftsbericht 2010 auch so erwähnt worden. Wegen dem im 2012 vereinbarten Baurechtszins, der als Basis für den Buchwert genommen wurde, habe die Liegenschaft neu bewertet werden müssen, was zu einem Buchverlust von CHF 0.25 Mio. geführt habe.

Wegen den vermehrten Aktivitäten über das Wochenende in der Sport- und Kulturhalle Glärnisch und dem Littering bei den Schulanlagen habe das Abfallvolumen stark zugenommen. Das Resultat sei 43% höher als die budgetierten Abfallentsorgungskosten.

Die FDP habe zum immer grösser werdenden Problem vom Littering und von Sachbeschädigungen regelmässig verschiedene politische Vorstösse eingereicht. Auch das Thema Videoüberwachung sei im Gemeinderat schon mehrmals thematisiert worden. Leider würde die Stadt nicht entschlossen genug gegen Littering und Vandalismus vorgehen und eine Prävention durch eine Videoüberwachung ablehnen. Die Rechnung müsse einmal mehr der Steuerzahler berappen.

Zum Schluss noch ein Wort zu den Globalkrediten NPM:

Bei einigen Abteilungen die nach Globalkredit geführt würden, würden die NPM-Ziele oft auch nur ‚global‘ beantwortet. Die Verantwortlichen nähmen sich nicht die Mühe, die Erfüllung der einzelnen Ziele individuell zu beurteilen. Wenn die Ziele nicht erfüllt würden, würden sie einfach angepasst, statt einen neuen Plan zu definieren, wie die Ziele erreicht werden könnten. Die Freizeitanlage könne hier als schlechtes Beispiel erwähnt werden.

Die GRPK und speziell auch die FDP erwarte, dass ab dem nächsten Geschäftsbericht jede Abteilung die quantitativ und qualitativ wichtigsten NPM-Ziele und deren Erreichung mit Fakten hinterlegt und kommentiert werden.

Die FDP unterstütze den Antrag der GRPK die Jahresrechnung 2012, die Sonderrechnungen, die Bauabrechnungen und die Globalkredite der Politischen Gemeinde zu genehmigen.

Planen und Bauen, S. 22 ff.

Globalkredit Planen und Bauen S. 79 - 84

Mitglied der GRPK, Berti Stocker, erklärt, dass obwohl die Rechnung 2012 mit einem Defizit von CHF 4.9 Mio. abschliesse, trotzdem von einem guten Resultat gesprochen werden könne. Denn ohne die BVK-Sanierungsbeiträge werde in den Abteilungen mehrheitlich im Budgetrahmen gearbeitet. Einmal mehr müsse erwähnt werden, dass die Vorgaben des Kantons betreffend BVK diesen Rahmen unweigerlich gesprengt hätten. Es sei aber zu hoffen, dass die effektiven Kosten der BVK in den kommenden Jahren kleiner ausfallen werden.

Mit Walter Münch habe sie die Abteilung Planen und Bauen besucht. Sie bedanke sich für die freundliche Aufnahme und die Beantwortung der Fragen. Trotz den bereits erwähnten Kosten der BVK habe die Abteilung Planen und Bauen die Rechnung 2012 mit nur geringem Mehraufwand gegenüber dem Budget abschliessen können. Das Budget habe in den meisten Bereichen eingehalten werden können. Was die Leistungsaufträge betreffe, seien auch diese weitgehend erfüllt worden. Das Ziel der Erneuerung und Werterhaltung des Gemeindestrassennetzes sei nur knapp erreicht worden. Weniger investieren habe auch andere Gründe haben können, in diesem Ressort hätten schlicht die Finanzen gefehlt, die nötigen Investitionen zu tätigen. Aufgrund des vorhandenen Strassennetzes und den Vorgaben des Fachverbands hätte dieser Betrag doppelt so hoch sein müssen. Im Rahmen der Kürzungen sei aber regelmässig ein Teil aus dem Budget gefallen. Bald schon stehe wieder die Budgetierung an, es werde daher empfohlen diesen Bereich genauer unter die Lupe zu nehmen um dem nötigen Erneuerungs- und Sanierungsbedarf besser Rechnung tragen zu können. Diesbezüglich seien auch im FEP Anpassungen vorzunehmen.

Im Gegensatz dazu sei in den Bereichen Fussgängerschutz und Fusswege im Baugebiet budgetiert worden, obwohl keine Projekte vorhanden gewesen seien. Konkrete Projekte seien erst kurz vor Jahresschluss beschlossen worden. Auch das sei keine Lösung. Es gehe nicht Grundsätzlich darum die Ausgaben hochzuhalten oder gar zu erhöhen, das sei dann eine Frage der Steuerprozente, sondern vielmehr darum einen besseren Überblick zu erschaffen, weitsichtiger zu planen, um dann bedürfnisorientiert budgetieren zu können. Aber mit dem Ziel eine ausgeglichene Rechnung präsentieren zu können. Und wenn schon Kürzungen vorgenommen werden müssen, sollte die Regelmässigkeit nicht nur in einem Bereich liegen, sondern alternierend auch in anderen Bereichen je nach Bedürfnis und Situation sein.

In diesem Sinne sei die EVP/EDU-Fraktion für die Abnahme der Rechnung 2012.

Werke, S. 26

Globalkredit Werke S. 85 – S. 92

Mitglied der GRPK, Christian Gross, durfte mit Beat Wiederkehr die Abteilung Werke besuchen und er möchte sich für die ausführlichen Beantwortungen bedanken.

Es hätten sich zwei kleine Fehler in seinen Teil vom Bericht und Antrag eingeschlichen, und zwar sei der Aufwand 2012 CHF 25.7 Mio. und nicht wie geschrieben CHF 26.7 Mio. und der Aufwandüberschuss sei um CHF 0.8 Mio. kleiner und nicht grösser.

Der Nettoaufwand sei aber wenig aussagekräftig, da abgesehen vom öffentlichen Verkehr, alle Unterabteilungen mit Spezialfinanzierungskonti funktionieren, somit sei der Nettoaufwand der Abteilung Werke gleich dem Nettoaufwand des öffentlichen Verkehrs.

Bei der Gasversorgung fielen grosse Mehreinnahmen auf. Das liege aber daran, dass die letzten drei Monate vom Jahr 2011 im 2012 verrechnet worden seien. Ihnen sei aber versichert worden, dass in Zukunft – trotz einem gewissen Mehraufwand – auf das korrekte Jahr gebucht werde.

Beim Leitungsnetz hätten relativ wenige Belagsarbeiten ausgeführt werden müssen, was nun beim Spezialfinanzierungskonti Erdgas ein Saldo von CHF 5.1 Mio. ausmache. Eine Gebührensenkung sei bereits erfolgt, und für das Jahr 2013 seien wieder mehr Investitionen geplant.

Beim Wasser habe es unvorhersehbare Mehreinnahmen auf Anschlussgebühren gegeben, in der Höhe von CHF 2 Mio.

Beim Recycling bestand ein Personalmangel, welcher auf mehrere Konti Einfluss gehabt habe. Zuerst habe temporäres Fremdpersonal eingesetzt werden müssen, es habe keinen baulichen Unterhalt der Quartiersammelstellen stattgefunden und der Projektplan für die Hauptsammelstelle sei noch nicht erstellt worden.

Sie würden aber feststellen, dass alle NPM-Ziele erfüllt seien, bzw. Abweichungen gut begründet worden seien.

Sicherheit, S. 27 ff.

Globalkredit Sicherheit S. 92 – S. 93

Mitglied der GRPK, Ivo Peyer, BFPW, dankt zuerst Thomas Largiadèr, Andreas Ledermann und Paolo Mikus für das offene und interessante Gespräch sowie für die Beantwortung der Fragen.

Der Nettoaufwand betrage wie im Jahr 2011 CHF 1.8 Mio. Wie in allen Abteilungen wäre auch dieser Nettoaufwand ohne die Rückstellung für die BVK kleiner ausgefallen.

Grosse Sorge bereite weiterhin der schon jahrelange Unterbestand an Polizisten in der Stadt Wädenswil. Es würden alle hoffen, dass die Abteilung Sicherheit diesen Missstand endlich beheben könnte.

Die im Berichtsjahr durchgeführten Geschwindigkeitskontrollen überstiegen bei Weitem das NPM-Ziel. Dies sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass in Tempo-30-Zonen eine gewisse Anzahl an Messungen durchgeführt werden müssen. Da Wädenswil immer mehr solche Zonen hätte, steige auch die Zahl der Kontrollen. Allenfalls sollte hier eine Anpassung des NPM-Indikators vorgenommen werden.

Ansonsten seien die Ziele der Abteilung mess- und kontrollierbar.

Schule und Jugend, S. 31 ff.

Globalkredit Freizeitanlage S. 94 – S. 95

Mitglied der GRPK, Adrian Stucki, bedankt sich als erstes für den immer wieder freundlichen Empfang und die prompte und ausführliche Beantwortung der Fragen bei Johannes Zollinger und dem Schulteam.

Die Abteilung Schule und Jugend habe im Jahr 2012 budgetmässig sehr gut gearbeitet. Bei der BVK-Bereinigung habe sie nämlich CHF 140'000.-- weniger verbraucht als budgetiert. Er frage sich deshalb, wie die FDP dazu komme, in der Zürichsee Zeitung in ihrem Fraktionsbericht von chronischen Budgetüberschreitungen vor allem in der Abteilung Schulen und Jugend, zu schreiben. Das sei schlicht nicht richtig. Aber es sei halt wie beim Journalismus, gutes Recherchieren und richtige Fakten seien das A und O, alles andere ein Eigentor.

Im sonderpädagogischen Bereich sei erstmals wieder mehr ausgegeben worden. Die integrative Förderung helfe zwar Gelder bei Sonderschulen zu sparen, doch irgendwo würden die Kosten halt wieder anfallen, wie hier jetzt bei Deutsch als Zweitsprache (DAZ) oder Logopädie/Psychomotorik.

Auffallend sei der Anstieg bei den Druckkosten. Hier halte der Trend Einzug, dass Lehrmittel nicht mehr als Bücher daherkommen und weitergegeben werden, sondern dass Lehrmittel elektronisch vorhanden seien und Lehrer und Lehrerinnen ausdrucken können was sie wollten. Dort müsse man aber an die ökologischen Probleme denken und die Lehrerschaft schulen.

Es sei mehr Geld gebraucht worden als budgetiert, weil man Schulcontainer in der Au habe aufstellen und auch ausrüsten müssen. Dieser Posten sei nicht budgetiert gewesen und in Zukunft müsse man mehr und besser vorausschauen.

Nicht nur aus der Abteilung Schule und Jugend habe er gehört, dass sich die Zusammenarbeit mit dem WIB (Wädenswiler Immobilien Bewirtschaftung) teilweise als nicht sehr einfach gestalte. Es mögen Fehler auf beiden Seiten gemacht worden sein, aber trotzdem sei für das reibungslose Funktionieren eine gute Zusammenarbeit von grosser Bedeutung. Hier sei die Abteilung Finanzen gefordert, dem Übel einmal richtig auf den Grund zu gehen.

Gute Budgetgenauigkeit auch bei der Freizeitanlage. Es seien zwar weniger Erträge wegen weniger Materialverkäufen erwirtschaftet worden, aber dies gehe vor allem darauf zurück, dass heute nicht mehr so viel Geld beispielsweise für Glas ausgegeben werde. Er denke, dass die Integration in die Abteilung Schule und Jugend sehr gut funktioniert habe und Herr Baur und seine Mitarbeitenden einen guten Job erledigen.

Auch erwähnen möchte er den Besuch – im Rahmen der Prüfung – bei der Musikschule mit Richi Haller. Immer wieder sei er erstaunt, mit welchem grossartigem Engagement und Initiative er diese Arbeit mit so wenigen Mitarbeitenden erledige. Besten Dank.

Die Grünen seien für die Abnahme der Rechnung 2012.

Soziales, S. 39 ff.

Globalkredit Soziales S. 96 – S. 99

Globalkredit Alterszentrum Frohmann, S. 99 – S. 102

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, teilt mit, dass er zusammen mit Beatrice Gmür am 6. Mai die Abteilung Soziales besucht habe. Sie würden sich für die kooperative und offene Zusammenarbeit bei Stadträtin Felicitas Taddei, Leiter Markus Morger und allen Beteiligten der Abteilung bedanken. Er möchte sich für das sehr angenehme Gespräch, die detaillierten Antworten und die tatkräftige Unterstützung bedanken.

Die Abteilung Soziales würde mit einem Nettoaufwand von CHF 16.7 Mio. abschliessen und läge damit um CHF 0.1 Mio. leicht über dem Voranschlag. Eine sehr kleine Abweichung, wenn man bedenke, dass die Abteilung Soziales ohne Frohmann innerhalb der Rechnung einen Anteil von fast 20% einnehme.

Die Abteilung habe 21 Fälle weniger als im Vorjahr bearbeitet, nämlich nur noch 683. Bei 545 Fällen sei wirtschaftliche und persönliche Hilfe nach Sozialhilfegesetz gewährt worden. 138 Fälle seien vormundschaftliche Mandate gewesen, welche per 01.01.13 in den Zweck-

verband Soziales Netz Horgen (SNH) umgesiedelt worden seien. Dieser Übergabeaufwand habe im Konto 801 und 811 einen Mehraufwand durch eine befristete Stelle verursacht.

Wer das Konto 811 "SNH" betrachte, dem falle auf, dass die Rechnung 2012 einen Aufwand von CHF 715'000.-- ausweise. Budgetiert seien gerade mal CHF 435'000.--. Gehe man 3 Jahre zurück, hätte diese Leistung CHF 196'000.-- gekostet oder anders gesagt: Man würde heute im 2012 3.6 x mehr zahlen als 2009. Die KESB (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde) werde erst seit diesem Jahr im Zweckverband SNH geführt. Seine Befürchtungen seien deshalb sehr gross, dass der Betrag weiter und unkontrolliert ansteige und die Voranschläge alles andere als eingehalten würden. Es würden Zahlen serviert werden, welche man stillschweigend akzeptiere. Hier sei unbedingt politischer Einfluss notwendig; er bitte deshalb das Postulat zu diesem Thema zu unterstützen und zu überweisen, welches an der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt werde.

Beim Konto 810 "Beiträge" sei der Abteilung eine Punktlandung gelungen; Bravo! Alle anderen Abteilungen, welche grosse Abweichungen vom Voranschlag zur Rechnung auswiesen, könnten sich an diesem Muster ein Beispiel nehmen.

Bei der Asylbetreuung hätten 108 Personen vorübergehend ein Zuhause in Wädenswil gefunden. Dank genügend günstigem Wohnraum, welcher zur Verfügung gestanden sei; sei ein Ertrag von CHF 52'640.-- entstanden. Die grössten Personengruppen würden aus Eritrea, China (Tibet), Somalia und Sri Lanka stammen. Auffällig sei, dass die beiden grössten Personengruppen Eritrea und China stark wuchsen. China habe sich über die letzten Jahre jährlich immer verdoppelt.

Und zum Schluss, im Konto „Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe“ (820) sei gegenüber dem Budget ein Nettoaufwand von CHF 4.04 Mio. ausgewiesen worden, was einer Verbesserung von CHF 306'000.-- entspräche.

Frohmattribetriebe:

Die Frohmatt weise einen Nettoaufwand von CHF. 4.7 Mio. und eine Überschreitung zum Voranschlag von CHF 1.9 Mio. aus. Die grössten Posten mit CHF 0.95 Mio. seien bei den BVK-Rückstellungen und mit fast CHF 1.0 Mio. bei fehlenden Tagestaxen entstanden. Im Budgetprozess sei die Leitung der Frohmatt davon ausgegangen, dass der Umbau im September 2012 abgeschlossen sei und mit der neuen Frohmatt eine Taxerhöhung stattfinden würde.

Es gäbe viele Konten im Plus oder im Minus zu erwähnen. Beatrice Gmür und er hätten einen ausführlichen Fragekatalog erstellt, welcher vorgängig, detailliert beantwortet worden sei. Beim Abteilungsbesuch mit Stadträtin Felicitas Taddei und Geschäftsführer Cristian Rentsch hätten sie am 8. Mai die Möglichkeit zur Diskussion und auf Fragen vertiefter einzugehen. Die Antworten seien begründet und plausibel ausgefallen. Die Gesprächsthemen gaben keinen Anlass zur Vertiefung. Er möchte an dieser Stelle die freundliche, offene Zusammenarbeit von Cristian Rentsch und Team verdanken. Für Details möchte er auf den Bericht und Antrag verweisen, resp. aus zeitlichen Gründen nur drei Punkte ansprechen:

Neben dem operativen Geschäft, der Erarbeitung des neuen Konzepts „Lebensqualität im Alter“ und vielen geplanten Umbau-Zusatzarbeiten, hätten intern aber auch unvorhergesehene Bauassistenzen erledigt werden müssen. Arbeiten, welche zum Job eines Bauherrenvertreter gehören würden, wie: Führen, Nachfassen einer Pendenz- und/oder Mängelliste, Protokollführung, etc., seien unzureichend oder nicht gemacht worden. Das Konto „Bausekretariat, Umbau“ habe mit CHF 46'634.-- Auskunft gegeben über das, was Mitarbeiter der Frohmatt zusätzlich geleistet hätten. Mittlerweile könne man berichten, dass das Haus „See“ mit Leben gefüllt sei.

Die Frohmatt sei mit ihren Mitarbeitenden der grösste Arbeitgeber neben der Stadt. Eine längere Krankheit, ein Mitarbeiterausfall müsse meist 1/1 mit teuren, temporären Mitarbeitern kompensiert werden. Eine Krankentaggeldversicherung unterhalte neben der allgemeinen Verwaltung aber erst die Werke. Hier sollte mit einer Bestandsaufnahme festgestellt werden, ob sich eine Krankentaggeldversicherung lohne. Das Projekt sei möglicherweise bereits am Laufen; er möchte mit dieser Erwähnung sicherstellen, dass es nicht in einer Schublade lande und verstaube.

Zum Schluss ein Highlight: Die Cafeteria im Hallenbad – vorderhand zwar erst auf dem Papier – aber später das Restaurant mit eigener Bushaltestelle. Liebe Alle in diesem Saal: Das Restaurant schreibe einen Nettoaufwand von annähernd CHF 50'000.--. Wer, wenn nicht die Frohmatt sei prädestiniert dieses Lokal einigermaßen ausgeglichen zu führen. Auf der Homepage würde man die Öffnungszeiten erfahren und an Freitagen könne man ein saisonale Menü-Überraschung à Discretion essen.

Das Angebot sei für Familien mit Kleinkindern für Geburtstagsfeiern, mit grossen Kindern für Familienausflüge zu Fuss, mit Velo oder Bus, Senioren und Seniorinnen zum Austausch von Neuigkeiten, Vereine für Vereinsabende, Gewerbetreibende für Mittagessen und Zvieries, Gemeinderats- und Stadtratskandidaten für Pressemitteilungen, etc. Als städtischer Betrieb dürfe das Restaurant keine Werbung machen, aber alle hier im Saal könnten diesem Projekt den notwendigen Schub geben. Er sei überzeugt, dass trotz 40-jähriger Inneneinrichtung für das Wohl gesorgt werde und die Frohmatt im nächsten Jahr anstelle eines Aufwands einen Ertrag verbuchen dürfe.

Gesundheit, S. 46 ff.

Globalkredit Bäder S. 103 - S. 104

Mitglied der GRPK, Ivo Peyer, BFPW, dankt zuerst Thomas Largiadèr, Andreas Ledermann und Willy Fegble für das Gespräch sowie für die Beantwortung der Fragen.

Für den Rest verweise er auf den Bericht und Antrag der GRPK. Er weise nochmals darauf hin, dass das Hallenbad weiterhin ein sehr grosser Kostenträger sei und bleibe, im Rechnungsjahr 2012 CHF 1.1 Mio. In diesem Sommer werde zudem die Lüftung erneuert/saniert. Im Voranschlag 2013 seien dafür in der Investitionsrechnung CHF 545'000.-- vorgesehen. Leider hätte man jetzt die Mitteilung erhalten, dass diese Sanierung doppelt so teuer kommen werde. Die Abteilung hoffe bzw. gehe davon aus, dass mit dieser Sanierung die Energiekos-

ten gesenkt werden können. Die ersten Zahlen dazu sollten sich zum Teil schon in der Rechnung 2013 widerspiegeln, vor allem aber dann in der Rechnung 2014.

Weiter erwarte er, bzw. die ganze GRPK, dass auf das Budget 2014 einzelne NPM-Indikatoren angepasst, bzw. neue Indikatoren gefunden werden.

Zur Investitionsrechnung: S. 50 ff.

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, sagt, er möchte bevor er auf die Investitionsrechnung eingehe, ganz kurz auf die Bauabrechnung über die Innenrenovation Eidmatt II zu sprechen kommen, welche auf Seite 5 f. erwähnt werde. Teuerungsbereinigt sei der bewilligte Kredit um 3% überschritten worden. Neben den finanziellen Aspekten hätten sich Ivo Peyer und er davon überzeugen können, dass die Bestimmungen der Submissionsverordnung eingehalten worden seien. Leider lägen keine Abnahmeprotokolle vor und es sei darauf verzichtet worden, die in den Werkverträgen vereinbarten Garantierückbehalte vorzunehmen. Die GRPK empfehle, diese Vorkehrungen bei sämtlichen Bauvorhaben, auch bei relativ unkomplizierten, standardmässig durchzuführen.

Die Bemerkungen zur Investitionsrechnung lägen auf Seite 16 f. schriftlich vor. Er gehe mündlich nur auf zwei Punkte ein.

Erstens falle auf, dass die früher geleisteten und vollständig abgeschrieben Investitionsbeiträge in das See-Spital Horgen von CHF 4.2 Mio. in ein Darlehen umgewandelt werden konnte. Das Guthaben werde zu 1.5% verzinst und innert zehn Jahren amortisiert. Der Buchgewinn von CHF 4.2 Mio. sei mit Einverständnis des Kantons für Zusatzabschreibungen verwendet worden. Anstelle der bewilligten CHF 4 Mio. Zusatzabschreibungen seien CHF 8 Mio. gebucht worden. Man erinnere sich daran: Der Gemeinderat habe für 2013 sämtliche Zusatzabschreibungen gestrichen.

Zweitens erwähne er den im Juni 2011 geänderten Submissions-Leitfaden. Darin werde unter anderem die Handhabung des freihändigen Verfahrens beschrieben. Die Abteilung Finanzen und Controlling sei daran, den Prozess zu systematisieren. Ein GRPK-Ausschuss, bestehend aus Bea Gmür, Ivo Peyer und ihm, werde nach den Sommerferien überprüfen, ob der Ablauf richtig funktioniere und zweckmässig sei.

Zu den Abrechnung Politisches Gemeingut (Baukreditabrechnung): (S. 74)

A) Die GRPK beantragt dem Gemeinderat die Abnahmen der folgenden Bauabrechnung:

Die Innenrenovation Schulhaus Eidmatt II, die mit einem Kredit von Fr. 2'122'000.-- vom 25. November 2007 **durch eine Volksabstimmung** beschlossen wurde, ist mit Gesamtnettkosten von Fr. 2'393'932.20 abzunehmen.

Abstimmung:

Dem Antrag der GRPK betreffend der Abnahme der Bauabrechnung für die Innenrenovation vom Schulhaus Eidmatt II von Fr. 2'393'932.20 wird einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung über die Rechnung 2012:

Der Rat verabschiedet einstimmig die Jahresrechnung 2012, die Sonderrechnungen und die Globalkredite mit Berichten der NPM-Teilprojekte 2012.

16.04.33

4. Abnahme des Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2012

Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement GR entfällt die Eintretensdebatte.

Detailberatung:

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, sagt, dass die GRPK in ihrem letztjährigen Bericht darauf hingewiesen habe, dass jeder Stadtrat die wichtigsten Indikatoren und die damit verbundene Zielerreichung der Abteilung für das abgelaufene Jahr kommentieren solle. Das – unter anderem – um diesem Tool die notwendige Wichtigkeit und Seriosität beizumessen. Leider sei das nicht umgesetzt worden und die NPM oder unter dem neuen Namen FLAG-Ziel und Indikatoren würden immer noch eher ein stiefmütterliches Schatten-dasein fristen.

Stadtpräsident Philipp Kutter, möchte kurz auf die Erwähnungen von Christina Zurfluh Fraefel eingehen. Sie würden versuchen diesem Anliegen das nächste Mal Rechnung zu tragen, er möchte aber darauf hinweisen, dass die NPM-Ziele und ihre Erreichung in der Rechnung jeweils kommentiert würden – was auch besser passe. Er werde aber versuchen, eine gute Lösung zu finden.

Gewisse würden nur sehr lustlos dem Geschäftsbericht zustimmen. Aber wenn man das Büchlein genauer anschau, sehe man, wie viel Arbeit durch die Verwaltung reingesteckt worden sei.

Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt einstimmig der Abnahme des Geschäftsbericht 2012 zu.

40.06

5. Postulat der CVP-Fraktion, vom 22. April 2013, betreffend Definierung von Rahmenbedingungen für einen Mindestanteil günstigen Wohnraums in Gestaltungsplänen; Begründung

Beat Wiederkehr, CVP, erklärt, dass im Oktober 2008 die CVP-Fraktion eine Interpellation zum Thema günstiger Wohnungsbau eingereicht habe. Seither seien eine Volksinitiative und Vorstösse eingereicht worden, nur passiert sei dazu in den letzten fünf Jahren nichts; eine konkrete Umsetzung sei nicht erkennbar. Sie hätten dazu im Februar 2013 einen weiteren Vorstoss eingereicht. Sie würden mit Spannung auf eine rasche und umfassende Antwort warten.

Dass günstiger Wohnraum auch für Personen mit mittelständischem Einkommen ein Problem sei, dürfte wohl hinlänglich bekannt sein. Sie würden den Umstand nicht einfach beklagen wollen, sondern konkret Abhilfe schaffen. Dabei würden sie sich nichts vor machen: Patentrezepte gäbe es nicht, und Lösungen seien nicht einfach. Es gelte, verschiedene Handlungsmöglichkeiten zu prüfen und das Problem zu mildern.

Eine Möglichkeit sei es, Rahmenbedingungen zu definieren, wie in Gestaltungsplänen ein Mindestanteil für günstigen Wohnraum festgelegt werden könnte. Denn mit Gestaltungsplänen könnten in gewissen Fällen wertvermehrende Nutzungen verbunden sein, z.B. durch die Ermöglichung verdichteter Bauweisen oder damit verbundener Um- oder Aufzonungen. In solchen Fällen müsse geprüft werden, unter welchen Bedingungen ein Mindestanteil von günstigen Wohnungen vereinbart werden könnte. Dieses Thema müsse in die anstehende BZO-Revision aufgenommen werden und er würde deshalb den Stadtrat um entsprechende Prüfung bitten.

Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser, sagt, dass der Stadtrat das Postulat entgegennehmen möchte.

Peter Schuppli, FDP, stellt den Antrag auf Aussprache.

Abstimmung über Aussprache:

Der Rat stimmt mehrheitlich für die Diskussion

Peter Schuppli, FDP, votiert, dass die FDP-Fraktion der Meinung sei, dass das Postulat im Grundsatz vernünftig sei und es durchaus interessant wäre, eine Diskussion über so genannt günstigen Wohnraum zu führen. Nur: Was sei denn überhaupt günstiger Wohnraum? Günstig sei ein absolut subjektiver Begriff. Jeder verstehe darunter etwas anderes. Selbst in der CVP-Fraktion gingen die Meinungen offensichtlich auseinander, wie man aus der Vergangenheit wisse.

Darum müsste man das im vorliegenden Postulat klarer definieren. Zudem müsste man in einer Auslegeordnung aufzeigen, wie die Wohnraumstruktur in Wädenswil und der Au – was die Miete anbelangen würde – aussehe. Denn die Vermutung liege nah, dass es in Wädenswil ein respektable Anteil von Mietwohnungen in einer bezahlbaren und vernünftigen Preisklasse gäbe. Dies würde eine Zusammenstellung zeigen, welche vorliege. Das Problem sei nur, dass sogenannte günstige Wohnungen meist unter der Hand vermittelt und gar nie öffentlich ausgeschrieben würden.

Sie seien aber erstaunt, dass der Stadtrat bereit sei, ein Postulat mit unpräzisen Forderungen entgegenzunehmen – andere Postulate mit präziseren Fragen seien jedoch abgelehnt worden.

Sie würden beantragen, das Postulat der CVP-Fraktion nicht an den Stadtrat zu überweisen, weil es inhaltlich viel zu unpräzise formuliert worden sei. Die CVP solle doch dem Rat erklären, was sie unter günstigem Wohnraum verstünden und wie hoch ein Mindestanteil von so genannt günstigem Wohnraum am gesamten Wohnraum sein solle, verglichen mit der heutigen Situation.

Marcel Bättig, SVP, führt aus, dass die SVP für günstigen Wohnraum sei, was sie zu Letzt bei der Abstimmung über den Stoffel unter Beweis gestellt hätten. Auch dies wäre das richtige Instrument gewesen um günstigen Wohnraum zu planen und zu projektieren. Jedoch flächendeckend in jedem Gestaltungsplan günstigen Wohnraum zu fordern, sei nicht zweckmässig und zielführend. Zudem sei er mit seinem Vorredner einig, der Begriff günstiger Wohnraum sei unbestimmt und so wenig zielführend.

Daher würde auch die SVP beantragen, das Postulat nicht zu überweisen.

Heinz Wiher, GP, findet dass gerade Gehörte dicke Post. Vor nicht allzu langer Zeit habe die SVP den Antrag gestellt, den Stoffel in eine Landhauszone umzuzonen. Günstige Landhäuser im Stoffel, Herr Bättig? Dies sei für ihn ein Fall für die Fasnachtszeitung.

Er berichte gerne von einem Gestaltungsplan aus einer anderen grossen Stadt mit W. Er selber habe beim Gestaltungsplan mitarbeiten dürfen, es handle sich dabei um einen öffentlichen Gestaltungsplan in einem zentrumsnahen Gebiete. Es ginge um eine grosse Fläche, eine Geschossfläche sei ca. 100'000 m². Der Investor – einer der schweizweit tätig sei – habe viel Gewinn. Er dürfe dichter bauen, Gebäude würden näher aneinander kommen dürfen, er habe eine viel höhere Ausnützung und dürfe sogar zwei Hochhäuser bauen. All das ergebe einen riesen Mehrwert für den Investor. Dieser sehe dies auch ein und sei bereit für eine Gegenleistung. Er erschaffe für die Öffentlichkeit einen grosser Platz, erfülle die energetischen Standards nehme einen grossen Anteil an günstigen Wohnraum auf. Zwar stünde im Gestaltungsplan, er zitiere: „Im Interesse der angestrebten sozialen Durchmischung, ist in W. einen Wohnungsmix für verschiedene Bedürfnisse und Altersgruppen zu realisieren. Mindestens 30% der Wohnflächen sind für gemeinnütziges Wohnen und preisgünstiges Wohnen für Leute in Ausbildung zu reservieren.“ Der Investor sei damit einverstanden.

Wädenswil stünde mit genau dieser Stadt in Konkurrenz – ebenfalls eine Bildungsstadt und diese würde auch etwas für ihre Studierenden realisieren. Passe man sich dem Wohnungsmarkt und den Wohnungspreise nicht an, komme man ins Hintertreffen, weil Infrastruktur für eine Bildungsstadt fehle.

In seinen Augen gäbe es drei Möglichkeiten, wie man sich gegenüber günstigem Wohnraum verhalten könne:

1. Man würde alles dem freien Markt überlassen, wie man dies bereits auf bürgerlicher Seite gehört habe. Getreu dem Motto: „Wohnungsmix interessiert mich nicht, Studenten sollen schauen wo sie Hausen.“ Die Grünen seien nicht dafür.

2. Man nehme relativ viel Geld in die Hand und biete durch Genossenschaften oder andere Institutionen günstiges Bauland an. Diese Möglichkeit koste aber relativ viel Geld und die Finanzen seien beschränkt.
3. Dies sei der "Königsweg". Erschaffe man für den Investor einen Mehrwert, könne man im Sinne der Stadtentwicklung einen Teil davon abschöpfen.

Und mit diesem Postulat bekomme der Stadtrat einen Steilpass, um die Möglichkeiten zu prüfen. Er bitte das Postulat zu überweisen.

Thomas Rom, SP, teilt mit, dass die SP hocherfreut sei, dass sich auch die CVP dem wichtigen Thema angenommen hätte. Sie hoffen sehr, dass wenn es konkret werde und es auch etwas kosten würde, sie auch ihre Seite kommen und sich entsprechend verhalten.

Peter Schuppli, FDP, möchte die SP daran erinnern, dass sie mit der Überschrift "Keine Strassenschluchten am Oberdorf" ein Projekt gebodigt haben. Sie habe Pläne mit konstruierten Skizzen, welche ein falsches Bild vermittelt hätten, in Umlauf gebracht.

Marcel Bättig, SVP, sagt, dass man vorher gehört habe, in einem Gestaltungsplan diverse Bestimmungen aufzunehmen. Es sei falsch, von einem Einzelnen auf das Ganze zu schliessen.

Ivano Coduri, SVP, findet, dass die Menschen das eigene Wohnverhalten anpassen müssen. Schauen eine Schweizer Familie eine Wohnung mit dem Mietpreis von 1'200.-- an, fehle ein zweites Bad, oder die Kinderzimmer seien zu klein. Grundsätzlich sei es einfach nicht möglich, riesige Wohnungen für ein Trinkgeld zu mieten. Wollte man günstigen Wohnraum, müsse man schon einen Kompromiss eingehen.

Heinz Wiher, GP, erklärt, dass nicht in jedem Gestaltungsplan solche Vorschriften gemacht werden müssten. Nur, wenn man dem Investor einen Mehrwert gewähre, könne man solche Bedingungen stellen. Schaffe man für den Investor keinen Mehrwert, habe man keinen Grund mehr zu verlangen. Hier ginge es nun um geschicktes Verhandeln und man solle doch den Stadtrat überlegen lassen, was man hier machen könnte. Entscheiden könne man dann immer von Fall zu Fall.

Schlussabstimmung (mit Stimmzähler):

Der Rat stimmt mit 15:14 gegen die Überweisung vom Postulat der CVP-Fraktion, vom 22. April 2013, betreffend Definierung von Rahmenbedingungen für einen Mindestanteil günstigen Wohnraums in Gestaltungsplänen.

30.10.00

6. Postulat der SVP-Fraktion, vom 4. Juni 2012, überwiesen am 18. Juni 2012, betreffend Geschwindigkeitsreduktion auf der unteren Bergstrasse; Beantwortung

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit, Thomas Largiadèr, stellt sich vor, dass die Postulanten mit der Beantwortung nicht 100% zufrieden seien. Der Wunsch sei gewesen, beim beschriebenen Abschnitt auf der unteren Bergstrasse die Geschwindigkeit von 80km/h auf 60km/h zu reduzieren. Der Kanton hätte aber leider immer noch eine andere Haltung zu diesem Thema, und er entscheide – egal ob Gemeinde- oder Kantonsstrasse – immer über die Geschwindigkeit. Ausserorts gelte aus Sicht des Kantons – der Stadtrat unterstützte diese Ansicht nicht - generell 80km/h. Es brauche relativ viel, dass von 80 km/h auf 60 km/h reduziert werden würde. Innerorts sei es dasselbe auf den Kantonsdurchgangsstrassen, dort bestimme ebenfalls der Kanton über die Geschwindigkeit. In den Quartieren seien die Gemeinden relativ autonom bei ihrer Entscheidung. Ausserorts sei es leider der Kanton, der über die erlaubte Geschwindigkeit entscheiden dürfe. Dies könne man durchaus hinterfragen, was aber auf einer anderen Ebene passieren müsse, beispielsweise via Kantonsrat.

Trotzdem habe der Stadtrat versucht, das machbare umzusetzen. Nebst der Geschwindigkeitsreduktion, seien die baulichen Massnahmen mindestens so entscheidend wie eine Reduktion. Darum habe der Stadtrat nun bauliche Massnahmen für diesen Bereich vorgesehen, welche in der Skizze aufgezeigt worden seien. So dass der Abschnitt auch optisch sicherer werde. Immerhin ein Teil der Forderungen der Postulanten.

Sandy Bossert, SVP, bedankt sich beim Stadtrat und vor allem Thomas Largiadèr für die Bearbeitung des Postulats. Er habe sich grosse Mühe gegeben und habe den besagten Abschnitt mehrmals besichtigt. Klar sei es schade, dass die gewünschte Reduktion nicht machbar sei, jedoch sei dies ein Entscheid auf höherer Ebene. Trotzdem seien sie froh, dass mit den zwei Inseln das Schneiden der Kurve in Zukunft verhindert werde und so die Geschwindigkeit automatisch gedrosselt werden müsse.

Peter Schuppli, FDP, stellt Antrag auf Diskussion.

Abstimmung über Diskussion (mit Stimmzähler):

Der Rat stimmt mit 12:11 Stimmen gegen eine Diskussion.

Das Postulat der SVP-Fraktion, vom 4. Juni 2012, überwiesen am 18. Juni 2012, betreffend Geschwindigkeitsreduktion auf der unteren Bergstrasse gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

30.10.00/33.03

7. Postulat der SP-Fraktion, der GP-Fraktion, Sandy Bossert, SVP und Berti Stocker, EDU, vom 30. Mai 2013, betreffend Obere Bergstrasse: Schutz für Fussgänger und Velofahrer; Begründung

Beatrice Gmür, SP, votiert, dass man nun von der unteren zur oberen Bergstrasse komme. Die obere Bergstrasse sei 3.5 km lang und an gewissen Stellen mit einem Trottoir versehen. Man könne zum Beispiel mit dem Bus zur Haltestelle Chalchatern fahren und dort aufs Trottoir aussteigen. Würde man aber dann in die eine oder andere Richtung laufen, sei das Trottoir nach 10m zu Ende. Auf der gesamten Strecke, befinde sich ca. 500m Trottoir.

Dort – das hätte sie sehr erstaunt – würden 400 Bürger wohnen. Es sei also nicht nur ein Überlandsträsschen, wo niemand zu Fuss unterwegs wäre. Es gäbe Schüler die zu Fuss, mit dem Velo oder dem Bus in die Schule gingen, Jogger, Biker, andere Erholungssuchende und Kirchgänger der St. Anna-Kapelle – alle seien gefährdet. Nachts würden die Autofahrer erst kurz vorher sehen, ob sich jemand auf der Strasse befinden würde. Es sei auch für die autofahrenden Anwohnenden unangenehm, da sie über die Gefahr dieser Strasse wissen.

Im Zentrum werde eine 30-Zone nach der anderen gebaut. Warum? Weil man wolle, dass die Kinder sicher in die Schule kämen und auf den Strassen spielen könnten. Wenn sie bedenke, ihr Kind auf einer 80er-Strecke in die Schule schicken zu müssen, wäre es ihr nicht sonderlich wohl.

Man hätte aber bereits vorher gehört, dass man auf Kantonsstrassen die Geschwindigkeit nicht reduzieren könne, die 80km/h seien gegeben. Man könne aber wenigstens ein Trottoir bauen, welches Fussfänger und Velofahrer benützen könnten. An der untere Bergstrasse sei gerade letztes Jahr wieder eine grosse Strecke Trottoir gebaut worden, oder das durchgehende Trottoir bis zur Hanegg. Sie sei überzeugt, dass es dort nicht so viele Anwohner, wie an der oberen Bergstrasse habe.

Der Quartierverein Langrüti habe sich schon x Mal bemüht, sei mit dem Bauamt zusammengesessen, Versprechungen seien gemacht worden, aber bis jetzt sei nichts passiert. Die Anwohnenden seien sogar bereit, für ein Trottoir ihr Land abzutreten.

Warum dieses Postulat jetzt? Der Kanton habe geplant, die Strasse zu sanieren. Daher würde es sicher Sinn machen, ein solches Vorhaben dann zu realisieren, wenn sowieso an dieser Strasse gearbeitet würde. Zudem würden neue Bushaltstellen gebaut werden, das Trottoir Trasse werde erhöht, damit man etwas bequemer aussteigen könne. Dies nütze aber alles nichts, wenn man nachher trotzdem auf der Strasse stehe und nicht sicher nach Hause laufen könne.

Sie plädiere dafür, das Postulat zu überweisen. Man solle aufhören, mit den Bewohnenden vom Berg, Bürger 2. Klasse zu machen. Auch sie würden Steuern bezahlen und hätten Anrecht auf eine minimale Sicherheit.

Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser, freut sich, dass sich das Parlament so intensiv mit dem Wädenswiler Berg befasse. Der Stadtrat möchte dies auch honorieren und nehme das Postulat entgegen. Zu den bereits stattgefundenen Gesprächen – er sei nicht bei allen dabei gewesen – aber so viel er wisse, seien keine Versprechungen gemacht worden, sondern es wurde lediglich das Anliegen entgegengenommen.

Adrian Stocker, SVP, stellt Antrag auf Diskussion.

Abstimmung über Diskussion:

Der Rat stimmt grossmehrheitlich für die Diskussion.

Adrian Stocker, SVP, gibt an, dass er selber nah an der oberen Bergstrasse wohne und er sie relativ gut kenne. Er verstehe zwar nicht, was ein Trottoir mit integriertem Velostreifen sein soll. Er sei immer der Meinung gewesen, dass man auf einem Trottoir nicht Velofahren dürfe, aber vielleicht gäbe es das doch.

Der Gemeinderat habe schon mehrmals über den Kulturlandverlust diskutiert – im Stoffel, Golfplatz etc. Aber mit einem Trottoir, welches sicher 2 m breit sein müsste auf einer Strecke von 3.5 km brauche es doch eine halbe Hektare Kulturland. Daher staune er schon, dass dies von den Landbesitzern einfach so hingenommen werden würde. Zudem würden diese nicht nach Markpreis entschädigt werden, sondern es könne ihnen einfach enteignet werden.

Es bestünden bereits Trottoire, dort wo sie auch gebraucht würden. Bei der oberen Bergstrasse gäbe es im Vergleich mit der unteren, viel mehr Parallelstrassen. Er würde daher seine Kinder auf diesen Strassen zur Schule schicken.

Daher stelle er den Antrag zur Ablehnung des Postulats.

Peter Schuppli, FDP, sagt, dass die FDP-Fraktion eine Nichtüberweisung des Postulats beantragen werde. Das Gefahrenpotential der oberen Bergstrasse, welche von Fussgängern nur zum Überqueren benutzt werde – von einem Wanderweg zum andern auf die gegenüberliegende Strassenseite – sei als äusserst klein einzustufen. Auch da heisse es halt: „luege, lose, laufe.“ Ihm sei auch nicht bekannt, dass diese Strasse als gefährlich eingestuft worden sei.

Die obere Bergstrasse werde zwar stärker von Autofahrer benutzt als früher, doch deswegen ein wenig benutztes Trottoir zu fordern sei unverhältnismässig und würde, wie das bekanntlich bei der unteren Bergstrasse der Fall gewesen sei, zu langwierigen und mühsamen Verhandlungen mit den Landeigentümern führen. Auch deswegen seien die Kosten eines solchen Trottoirs nicht abschätzbar. Sie beantragen deshalb, das Postulat nicht zu überweisen.

Daniel Tanner, SP, votiert, dass die Voten der Vorredner klar zeigen würden, dass diese meist nur mit dem Traktor oder dem Auto unterwegs seien. Gehe man einer stark befahrenen Strasse – vor allem nachts – entlang, sei es durchaus gefährlich. Stelle man sich noch vor, dass dort Kinder unterwegs seien, sei das Gefahrenpotential wirklich erheblich.

Das Postulat fordere ein Trottoir und es gäbe viele verschiedene Arten davon. Es könne auch eine verstärkte Kiespartie sein. Das Postulat möchte erreichen, dass dies einfach zur Diskussion gestellt werde, es gäbe sicher eine kostengünstigere Variante.

Sandy Bossert, SVP, erklärt, dass sie wann immer möglich die Hauptstrassen mit den Kindern und dem Velo meide. Man komme aber nicht Drumherum die Bergstrasse bei gewissen Stellen zu passieren. Die Strasse müsse sicher als gefährlich eingestuft werden, da es bereits oft zu Unfällen gekommen sei.

Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt der Überweisung vom Postulat der SP-Fraktion, der GP-Fraktion, Sandy Bossert, SVP und Berti Stocker, EDU, vom 30. Mai 2013, betreffend Obere Bergstrasse: Schutz für Fussgänger und Velofahrer grossmehrheitlich zu.

34.07.30

8. Postulat von Jonas Erni, SP, Albert A. Stahel, GLP, Kuno Spirig, BDP, Heinz Wiher, GP und Christine Merseburger, EVP, vom 27. Mai 2013, betreffend Lärmsanierung an der Quelle; Begründung

Jonas Erni, SP, führt aus, dass in der Schweiz infolge Lärms mehr als eine Million Menschen in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt seien. Der Bundesrat hätte dies ebenfalls bemerkt, und darum müssten alle Strassen bis im 2018 lärmtechnisch saniert werden. Alle Strassen, welche den Immissionsgrenzwert überschreiten würden, müssten lärmsaniert werden. Es gäbe nun Gemeinden, die es sich sehr einfach machen wollen und den Anwohner dieser Strassen neue Lärmschutzfenster zahlen würden. Dies sei sehr teuer und nur bedingt nützlich, denn die Personen würden so nur bei geschlossenen Fenstern davon profitieren. Eine Häuserzelle weiter hinten bestünde der Lärm immer noch und nicht alle Passanten würden von dieser Lärmberuhigung profitieren. Darum verlange das Bundesamt für Umwelt (BAFU) Lärmsanierungen an der Quelle. Das heisse, Verkehrsberuhigungen durch Tempo-Reduktionen, bauliche Massnahmen oder Lärmschutzbeläge. Das letztere sei aber leider nicht in allen Fällen geeignet, da man technisch noch nicht so weit entwickelt sei, dies ohne intensive Reinigung anzuwenden, da die Poren relativ schnell verstopfen würden.

In Wädenswil könne natürlich nur über die Gemeindestrassen bestimmt werden. Er habe den Plan der betroffenen Strassen anschauen können: Die Speer- und die Steinacherstrasse und ein paar kleinere.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Verkehrssicherheit. Bei einer Kollision mit einem Fussgänger bei Tempo 50, seien die Überlebenschancen bei 25%, bei 30km/h liege sie bei mehr als 90%. Massnahmen zum Lärm würden also auch der Verkehrssicherheit dienen.

Die Stadt Zürich hätte bereits einen Pilotversuch an der Kalchbühlstrasse gemacht. Sie hätten aus Tempo-50, eine Tempo-30-Zone gemacht, und das Resultat sei sehr positiv ausgefallen. Die Lärmbelastung sei bis um 4 Dezibel reduziert worden, was einer empfundenen Halbierung des Lärms entspräche. Gleichzeitig seien die Verlustzeiten für den Bus bestimmbar, die Verlängerung der Fahrt würde nur 2 Sekunden pro 100m betragen. Das überzeugendste Ergebnis sei die hohe Zustimmung der Anwohnenden. 80% hätten anschliessend an den Pilotversuch der Massnahme zugestimmt und fast 70% vom Gewerbe.

Er bitte daher, für die Förderung, für die Verkehrssicherheit aller Teilnehmer, diesem Postulat zuzustimmen.

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser, teilt mit, dass der Stadtrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Thomas Koch, FDP stellt den Antrag auf Ablehnung. Die Diskussion ist eröffnet.

Thomas Koch, FDP, erklärt, lese man das vorliegende Postulat, werde man unweigerlich von einem „Déja vue“ befallen. Einmal mehr komme aus der gleichen Ecke der Versuch, Tempo-30 flächendeckend über Wädenswil zu stülpen und insbesondere den Verkehrsfluss auf einzelnen Hauptverkehrsadern abzuwürgen.

Neu sei – nachdem das vormalige Postulat Tempo 30 flächendeckend in Wädenswil vom 2. November 2012 Schiffbruch erlitten hatte – dass versucht werde, Tempo 30 durch das Hintertürchen über eine angebliche Lärmsanierungspflicht durchzuzwängen. Nicht in Ordnung sei dabei, dass zumindest mit einem Teil vom Postulat eine Forderung verknüpft sei, die längstens vom Tisch sei. Nämlich der Teil, der sich mit den angeblich von der Lärmsanierungspflicht betroffenen Kantonsstrassen befasse. Spätestens seit der Abschreibung vom vormaligen Tempo-30-Postulat sollten eigentlich auch die Damen und Herren Postulanten wissen, dass die Stadt dem Kanton bei den Kantonsstrassen nicht dreinreden könne. Dies sei heute auch von Herrn Stadtrat Largiadèr bestätigt worden. Zudem sei an der damaligen Sitzung vom 26. November 2012 vom Stadtrat Ernst Brupbacher in verständlicher Weise erklärt worden, dass der Stadtrat bezüglich der Zugerstrasse beim Kanton seit längerer Zeit und mit Nachdruck vorstössig geworden sei. Und dass der Kanton blockieren würde.

Darum: Was solle die erneute Aufforderung an den Stadtrat, anlässlich der anstehenden Verhandlungen betreffend Umgestaltung von der Zugerstrasse eine lärmetechnische Sanierung, sprich: nochmals eine Temporeduktion zu verlangen. Das sei unnötig und ein blosses Hornbergerschiessen, weil die Stadt ihr Anliegen bezüglich Zugerstrasse beim Kanton bereits deponiert hatte, und weil der Kanton eine 30-Zone auf einer Autobahnzubringerstrasse ohnehin nicht zulassen werde.

Gar nicht in Ordnung und schon fast missbräuchlich sei der zweite Teil des Postulats, wo es um die Speer- und Steinacherstrasse gehe. Hier werden ebenfalls eine Lärmsanierungspflicht und eine Überschreitung von Alarmgrenzwerte behauptet. Eine Lärmsanierungspflicht

bestünde tatsächlich nur dann, wenn Alarmgrenzwerte überschritten worden seien. Dass aber an keiner Stelle an der Speer- und Steinacherstrasse die Alarmgrenzwerte überschritten werden, wisse man spätestens seit der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage betreffend Massnahme zur Lärmsanierung vom 2. Februar 2012. In der damaligen Antwort des Stadtrats stehe klipp und klar und allgemeinverständlich, dass auf keiner einzigen Strasse in Wädenswil weder heute noch im Prognosezustand bis 2030 irgendwelche Alarmgrenzwerte überschritten seien. Gar nichts sei im roten Bereich; nirgends bestehe eine Lärmsanierungspflicht. Weder auf der kantonalen Zugerstrasse, noch auf der kommunalen Speer- und Steinacherstrasse.

Bestätigt wurde die – der Postulanten wohl nicht ins politische Kalkül passende, für die Bevölkerung aber erfreuliche – Tatsache im Lärmbelastungskataster für Gemeindestrassen, die kürzlich erstellt worden sei. Obwohl noch nicht öffentlich, sei der Lärmbelastungskataster vom einem der heutigen Postulanten, der übrigens wie die Mehrheit der Postulanten an der Speerstrasse wohne, eingesehen worden. Er habe bei dieser Gelegenheit nochmals erfahren müssen, dass nirgends und insbesondere auch nicht an der Speer- oder Steinacherstrasse irgendwelche Alarmgrenzwerte überschritten würden. Warum im Postulat trotzdem das Gegenteil behauptet werde, sei nicht verständlich. Der Lärmbelastungskataster zeige sogar, dass an der Speerstrasse 2/3 der Häuser, an der Steinacherstrasse mehr als die Hälfte von den Liegenschaften im absolut grünen Bereich seien. Nur bei ganz wenigen Liegenschaften an der ohnehin spärlich bebauten Speer- und Steinacherstrasse würden teilweise die Immissionsgrenzwerte – aber nicht die Alarmgrenzwerte – überschritten, seien also im gelben Bereich. Und gelber Bereich heisse nicht Lärmsanierungspflicht, sondern führt einzig zu Auflagen, wenn gebaut werde; müssen beispielsweise Schallschutzfenster eingebaut werden – allerdings nicht auf Kosten des Steuerzahlers. Aber auf keinen Fall müssen die Strassen an der Quelle lärmsaniert werden.

Zusammengefasst: Das vorliegende Postulat sei unnötig, da teilweise bereits umgesetzt. Und es gaulke wider besseres Wissen Überschreitungen von Alarmgrenzwerte und eine Lärmsanierungspflicht vor. Also viel Lärm um nichts im allgemeinen Wahlkampfgetöse. Aber immerhin könne man diesen Lärm von diesem unnötigen, vielleicht auch im Eigeninteresse verfassten Postulats an der Quelle sanieren, indem wir dieses Postulat nicht überweisen und abschreiben. Die FDP-Fraktion stelle den entsprechenden Antrag.

Jonas Erni, SP, sei sehr erstaunt über die Aussagen seines Vorredners, die so nicht korrekt seien. Auch bei Immissionsgrenzwerten müsse saniert werden, einfach nicht so dringend wie bei Alarmgrenzwerten. Zudem – es sei vielleicht den einen entgangen – habe es neue Messungen gegeben. Und diese Pläne habe er vor nicht allzu langer Zeit eingesehen und es sei Fakt, dass die Immissionsgrenzwerte überschritten worden seien, das heisse, dass man dort sanieren müsse. Er verstehe nicht, warum solche Behauptungen in die Welt gesetzt werden, die nicht der Realität entsprächen. Zudem würde niemand von flächendeckend Tempo-30 sprechen, es gehe nur um Strassen, welche den Lärmgrenzwert überschritten hätten. Daher sei das Postulat gerechtfertigt, sonst wäre der Stadtrat auch nicht bereit dies so entgegzunehmen.

Heinz Wiher, GP, votiert, dass Tempo-30 kein Mittel sei, um den Verkehr abzuwürgen, es sei eine Möglichkeit den Verkehr sicherer zu machen und ein bisschen ruhiger. Aber dies sei nur eine Massnahme von vielen. Beispielsweise geräuscharme Belege, welche der Lärm an der Quelle reduzieren würde oder man könne neue Fenster einbauen.

Bei Alarmwerten bestünde eine Sanierungspflicht, und da bekomme man als Anwohner die Fenster zu 100% ersetzt. Bei Immissionsgrenzwerten sei dies ein bisschen anders, dort bekomme man nur anteilmässig etwas an die neuen Fenster.

Bei den Staatsstrassen sei es aber enorm wichtig, dass man den Termin nicht verpasse, denn Beiträge gebe es nur bis Ende 2018. Wenn sich die Stadt nicht bewege, habe man dann im Sinne von Wohnqualität in Wädenswil entlang der Staatsstrassen Geld verschenkt. Darum bitte er den Stadtrat sehr proaktiv zu arbeiten, ob das Postulat nun überwiesen werde oder nicht, aber dies sei die Aufgabe welche man den Einwohnenden von Wädenswil schuldig sei.

Er sei sehr interessiert daran, was der Stadtrat sich für die Gemeindestrassen überlegen würde. Denn auch dort gäbe es Strassen, bei welchen der Immissionsgrenzwert überschritten worden seien und dort müsste man eine Strategie haben. Weil geplant sei, dass bei Strassen bei welchen der Immissionsgrenzwert nicht eingehalten werden könne, die öffentliche Hand entschädigungspflichtig werde. Das hiesse, dass sie den Liegenschaftsbesitzern jährlich ein Obolus für die Belärmung der Liegenschaften entrichten müssten. Dies sei geplant auf 2019 und man sei gut beraten, sich mit dieser Änderungen auseinanderzusetzen und sich gut darauf vorzubereiten. In diesem Sinne, sehe er der Antwort entgegen.

Schlussabstimmung (mit Stimmzähler):

Der Rat lehnt mit 16:13 Stimmen die Überweisung vom Postulat von Jonas Erni, SP, Albert A. Stahel, GLP, Kuno Spirig, BDP, Heinz Wiher, GP und Christine Merseburger, EVP, vom 27. Mai 2013, betreffend Lärmsanierung an der Quelle ab.

Auf Anfrage der **Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer** hat **Peter Schuppli, FDP** einen Einwand gegen die Abstimmung über die Diskussion des Postulats Geschwindigkeitsreduktion auf der unteren Bergstrasse. Im Geschäftsreglement des Gemeinderats stünde aber nichts dergleichen, Art. 52 Abs. 6 Zitat: „Der Gemeinderat bestimmt aufgrund dieses Berichts, ob das Postulat abzuschreiben oder zuhanden des Stadtrats aufrechtzuerhalten ist.“ Ob man aber ein Votum abgeben könne oder nicht, stünde nicht im Geschäftsreglement.

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer, führt aus, dass die Möglichkeit im Geschäftsreglement nicht erwähnt werde, und daher habe sich das Ratspräsidium für eine Abstimmung über die Diskussion entschieden.

Ansonsten gab es auf Anfrage keine weiteren Wortmeldungen.

Simona Truttmann, Sekretärin-Stv (Protokoll)/mim